



November 2017

„Demokratie gewinnt! Mit der Diakonie Hessen“

Stellungnahme zur AfD

Die Mitarbeitenden in den eigenen Betrieben und den Mitgliedseinrichtungen der Diakonie Hessen sind frei in ihren politischen Meinungen und der Wahl der Parteien, die sie unterstützen. Das gilt auch für die AfD. Solange diese eine verfassungsrechtlich nicht verbotene Partei darstellt, kann eine Mitgliedschaft oder Mitarbeit bei ihr nicht unterbunden werden. Die Diakonie tritt aber klar für die Entwicklung einer Demokratie der Vielfalt ein.

Die Freiheit aller in einer Demokratie lebenden Menschen bedeutet eine große Verantwortung, denn vielfältige Meinungen und Perspektiven müssen friedlich miteinander vermittelt werden. Das geht nur, indem klare Spielregeln für die Demokratie formuliert und festgelegt werden. Die Achtung vor der unantastbaren Würde jedes Menschen ist eine im christlichen Glauben begründete, durch das Grundgesetz vorgegebene und von der Diakonie Hessen in den Leitungsgrundsätzen aufgegriffene demokratische Grundlage. Sie garantiert die Anerkennung aller Menschen als gleichwertig und begründet ihr Recht auf Teilhabe an der Gesellschaft. Ideologien, die dieses Fundament verleugnen, und jede Form der Verachtung gegenüber den Menschen – wie z. B. geflüchteten, wohnungslosen oder Menschen mit Behinderung – sind mit der beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit in der Diakonie unvereinbar. Das gilt auch für rassistische Äußerungen und Vorgehensweisen sowie diskriminierende Handlungen.

Die AfD argumentiert in ihrem Parteiprogramm und mit ihrer gesamten Rhetorik für eine nationale Rückbesinnung und Rückentwicklung Europas und befördert die Vorstellung, eine Reise zurück in die Vergangenheit (nationaler Stärke und Kontrolle) sei möglich. Die Diakonie stellt sich demgegenüber den Herausforderungen der globalisierten Gegenwart und trägt dazu bei, die Werte einer Demokratie der Vielfalt in den Alltag der Diakonie zu übersetzen. Im Selbstverständnis der Diakonie ist daher das Streben nach interkultureller Öffnung verankert. Diese kann nur gelingen, wenn die Würde aller Menschen anerkannt wird und historische Strategien der Unterordnung und Unterwerfung nicht wiederholt werden. Das verlangt einen breit angelegten Entwicklungsprozess, in welchem wir als Europäer/innen lernen, uns nicht über die Menschen anderer Länder und Kulturen zu stellen, sondern eine gleichberechtigte Beziehung anzustreben, welche die Thematisierung von Ungleichheiten



Gefördert durch:
 Bundesministerium
des Innern
ausgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Diakonie 
Hessen

und Ungerechtigkeiten der Vergangenheit zulässt und das Denken für neue Beziehungen öffnet.

Im Konflikt dialogfähig und lernfähig zu bleiben, ist ein weiterer Leitungsgrundsatz der Diakonie Hessen. Daher ist es wichtig, den Dialog auch mit AfD-Vertreter/innen und Wähler/innen zu suchen und ihn glaubwürdig und wahrhaftig zu führen. Das gilt insbesondere dort, wo ökonomische Kriterien und Verwertbarkeitsdenken auch zur Ausgrenzung von Einheimischen geführt haben. Missachtungs- und Ausgrenzungserfahrungen verstärken nämlich das Bedürfnis, wiederum andere zu missachten und auszugrenzen.

Zugleich ist es jedoch wichtig, klare Grenzen zu formulieren und falls erforderlich den Dialog abubrechen, wenn aufrichtige Kommunikationsangebote mit provokativen und destruktiven Verhalten beantwortet werden oder die Würde des Menschen negiert wird.

Der Zusammenhalt einer demokratischen Gemeinschaft zehrt von der Aufrichtigkeit der Kommunikation und der Anerkennung der Anderen als gleichberechtigten Kommunikationspartnern. Wer durch gezielte Fehlinformationen oder rhetorische Unaufrichtigkeit das Vertrauen in die Kommunikation zerstört, gefährdet damit den Zusammenhalt und letztlich die demokratische Ordnung. Es ist daher im Zweifelsfall wichtiger, Gespräche mit jenen zu suchen, welche bereit sind, an der Zukunftsfähigkeit der Demokratie und der Entwicklung der demokratischen Kultur in der Diakonie zu arbeiten und dabei auch die eigenen Positionen klar zu benennen. Das Projekt „Demokratie gewinnt! Mit der Diakonie Hessen“ hat die Stärkung der demokratischen Kultur und die Entwicklung neuer demokratischer Praktiken innerhalb der Diakonie Hessen zum Ziel.

Horst Rühl, Vorstandsvorsitzender Diakonie Hessen

Dr. Sybille De La Rosa, Leitung Projekt „Demokratie gewinnt! Mit der Diakonie Hessen!“